

MENSCHEN & WIRTSCHAFT

Der Integrationsunternehmer

Der Reiseveranstalter Liu Guosheng hat in Hamburg die „Deutsch-Chinesische Allgemeine Zeitung“ gegründet

Das heutige China ist wahnsinnig interessant“, sagt Altbundeskanzler Helmut Schmidt. In seinem langen Politikerleben hat er das Land 15 Mal bereist und ein Buch mit dem Titel „Nachbar China“ veröffentlicht. Den deutschen Medien wirft er mangelhafte Berichterstattung vor. Gegen solche Defizite geht seit Juli 2011 die neue „Deutsch-Chinesische Allgemeine Zeitung“ in Helmut Schmidts Heimatstadt Hamburg an. Das deutschsprachige Blatt, das einzige seiner Art, informiert einmal im Monat ein an China interessiertes Publikum über Politik, Wirtschaft und Alltag im Reich der Mitte – „authentisch und lebendig, umfassend, vielseitig und unabhängig“, so das Editorial der ersten Ausgabe.

Der Herausgeber der Zeitung, Herr Liu Guosheng, lebt seit 23 Jahren in Deutschland. Die deutsch-chinesische Teilzeitredaktion besteht aus der jungen Chefin Wang Beibel, die in China Journalismus studiert hat, drei deutschen Sinologen, einer chinesischen Germanistin und einigen freien Autoren. Gedruckt werden bislang monatlich 10 000, vom Jahreswechsel an 20 000 Exemplare. Das Blatt kostet im Einzelverkauf 2,50 Euro, im Jahresabonnement 38 Euro.

Verleger Liu hat den Start der „Deutsch-Chinesischen Allgemeinen“ mit 25 000 Euro aus der eigenen Tasche finanziert. Erfahrung im Mediengewerbe bringt er nicht mit. „Die Zeitung ist eher aus Idealismus geboren denn als Geschäftsmodell“, sagt er, der ohne jede amtliche Unterstützung aus China operiert: „Ich möchte einen kleinen Beitrag leisten für ein besseres Verständnis des Riesens Landes China. Ich bin der Überzeugung, dass das auch Deutschland gut tut.“

Die Gründer

Sein Geld verdient der Chinese seit fünfzehn Jahren erfolgreich als Reiseveranstalter. Um sein Studium in Deutschland bestreiten zu können, organisierte Liu einst für Kommilitonen in den Semesterferien Reisen in seine Heimat. Sein Nebenjob wurde zum Beruf und der Reisedienst bald Marktführer: Bereits 2004 schickte er seinen zehntausendsten Gast nach China. Heute offeriert er 40 Reisen im Jahr und etwa 300 Termine. Er hat Niederlassungen in Guilin, Schanghai und Peking und allein 30 Vollzeitangestellte in



Liu Guosheng

Foto Henning Bode

seiner Hamburger Zentrale. Wie der Kollege Thomas Cook nennt er keine Umsatzzahlen. Aber er lässt immerhin wissen, dass China Tours den leichten Wachstumsrückgang von 2 Prozent im Jahr 2009 wegen der Finanzkrise längst aufgeholt und 2010 mit 30 Prozent Zuwachs mehr als kompensiert hat.

Lius fulminante Unternehmerkarriere in der Fremde war alles andere als vorgezeichnet. Der Lehrersohn, 1964 während der Kulturrevolution in Xianocheng in der zentralchinesischen Provinz Henan 800 Kilometer südlich von Peking geboren, wurde fern von seinen Eltern auf dem Land groß. Er studierte in Kanton Germanistik und begleitete danach für das staatliche Touristenbüro deutsche Reisegruppen durch China. Bei einer solchen Gelegenheit lernte der junge Reiseleiter einen Brauereibesitzer aus der Nähe von Tübingen kennen, der ihm anbot, ihn im heimischen Betrieb zum Braumeister auszubilden. In Deutschland entdeckte Liu dann ein Bild von China, das

er so nicht kannte. Für ihn war das der Anstoß, ein Studium der Sinologie zu beginnen. Eine Abschlussarbeit hat er nicht mehr geschafft, weil das Geschäft mit den China-Reisen zu gut lief. Sein Professor hat ihm allerdings bescheinigt, dass er alle nötigen Scheine erworben hat und jederzeit die Abschlussarbeit machen könnte. „Das wird vielleicht passieren, wenn ich in Pension gehe“, lacht Liu.

Seinen Erfolg als Migrationsunternehmer schreibt Liu seinem Optimismus und der Lernbereitschaft zu. Man müsse „in die fremde Gesellschaft hineinwachsen, aber dabei man selbst bleiben“, sagt er. Heute fühlt er sich in China und in Deutschland gleichermaßen wohl – nicht nur als Geschäftsmann, sondern auch privat. Seine Frau Xiaomin hat er in Hamburg kennengelernt. Seine beiden Kinder sind in Deutschland geboren. Die 12 Jahre alte Anting Elaine geht bereits in die 8. Klasse im Gymnasium. Er selbst hat keinen deutschen Pass, sondern eine unbestimmte Aufenthaltsgenehmigung. „Ein-

fach aus Bequemlichkeit“, meint er. Denn so brauche er kein Visum, wenn er bis zu fünfmal im Jahr beruflich nach China reist.

Gelegentliche Ressentiments gegen seine Person haben ihn nicht wirklich gestört: „Ich bin dankbar, in zwei Kulturen leben zu dürfen und immer wieder die Seiten wechseln zu können.“ Eines Tages wird er entscheiden, ob er lieber in Hamburg, in Guilin oder Schanghai, in Lijiang, in den Alpen oder am Oberlauf des Jangtse wohnen möchte. „Ich kann mir viele Möglichkeiten vorstellen in der heute sehr klein gewordenen Welt.“

Bis auf weiteres fordern ihn sein prosperierendes Reiseunternehmen und die neue kleine Zeitung. Sie soll zeigen, dass China nicht nur aus der Großen Mauer und einer Terrakotta-Armee besteht. „Natürlich gibt es auch vieles in China, das wir kritisieren. Aber wir wollen auch den vehementen Fortschritt im Land zeigen, unabhängig davon, wie man das politische System beurteilt.“ ULLA FÖLSING

Porsche wird wegen Täuschung verklagt

Mehrere Investmentfonds ziehen nun auch vor deutsche Gerichte und machen einen Schaden von knapp 2 Milliarden Euro geltend. Porsche hält die Vorwürfe für unbegründet.

sup. STUTTGART, 1. Januar. Die gescheiterte Übernahme von Volkswagen durch den Sportwagenbauer Porsche zieht ein weiteres Gerichtsverfahren nach sich. Am Freitag, dem 30. Dezember, dem letztmöglichen Tag vor Fristablauf, hat eine Gruppe von fünf Investmentfonds Klage beim Landgericht Stuttgart eingereicht. Die Fonds machen gegenüber der Porsche Automobil Holding SE Schadensersatzansprüche von knapp 2 Milliarden Euro geltend. Im Kern stützt sich die Klage auf den Vorwurf, die öffentliche Kommunikation von Porsche habe nicht zu den wahren Absichten des Unternehmens gepasst. Porsche hält die Vorwürfe für unbegründet, wie ein Sprecher sagte. Man warte die Zustellung der Klage ab, bevor man sich zu Details äußern könne.

Das zusätzliche Verfahren hat auf die geplante Verschmelzung von Porsche und VW keine unmittelbare Auswirkung. Der ursprüngliche Zeitplan ist schon im September gekippt worden mit der Begründung, dass die notwendige Bewertung der Porsche SE nicht möglich ist, solange Milliardenklagen im Raum stehen. Das hat sich nun durch die weitere Klage erst recht bestätigt. Für die vollständige Integration des operativen Porsche-Geschäfts in den VW-Konzern haben sich die beiden Unternehmen aber weitere Optionen bis ins Jahr 2014 offen gehalten.

Als Beweis für die milliardenschwere Irreführung nehmen die Kläger Bezug auf die Pressemitteilung von Porsche vom 26. Oktober 2008. Völlig überraschend habe darin die Porsche SE mitgeteilt, dass sie große Mengen an Optionen besitze. „Die Porsche SE suggerierte, dass sie insgesamt 74,1 Prozent der VW-Stammaktien kontrolliere“, so die Kläger, die von der Frankfurter Kanzlei Broich vertreten werden. „Entgegen eindeutigen Dementis in den Wochen und Monaten zuvor“ habe die Porsche SE in ebenjener Pressemitteilung erstmalig bestätigt, dass sie die 75-Prozent-

Schwelle überschreiten und einen Beherrschungsvertrag abschließen wolle, welcher ihr die Kontrolle über die Volkswagen AG und deren Liquidität geben hätte.

Tatsächlich war die Wirkung der an einem Sonntag veröffentlichten Pressemitteilung durchschlagend. Am Montag stieg der VW-Kurs auf 520 Euro, am Dienstag notierte die Aktie zeitweise sogar oberhalb von 1000 Euro, während vor der Veröffentlichung der Porsche-Mitteilung rund 200 Euro für eine VW-Aktie bezahlt worden waren. Grund für die extreme Kurssteigerung war die Notwendigkeit der Fonds, sich mit VW-Aktien einzudecken. Durch diesen „Short Squeeze“ habe Porsche mehrere Milliarden Euro Gewinn erzielt, lautet der Vorwurf der Kläger – während ebendie Investmentfonds entsprechende Verluste verbuchten.

Die Kläger folgen mit ihrer Argumentation den Ermittlungen der Stuttgarter Staatsanwaltschaft.

Die Kläger folgen mit ihrer Argumentation den Ermittlungen der Stuttgarter Staatsanwaltschaft, die gegen den damaligen Porsche-Chef Wendelin Wiedeking und gegen Finanzvorstand Holger Härter sowie einige seiner Mitarbeiter wegen des Verdachts der „informationsgestützten Marktmanipulation“ ermitteln. Seit Februar 2011 wurden die Ermittlungen zudem um den Verdacht der Untreue ausgeweitet. Ein Ergebnis liegt noch nicht vor.

Das Landgericht Braunschweig befasst sich ebenfalls mit einer ähnlichen Klage, bei der es um Schadensersatzansprüche von 1,1 Milliarden Euro geht. In Amerika sind zwei Rechtsverfahren anhängig mit Ansprüchen im Volumen von 2,5 Milliarden Euro. Zu den dort klagenden Fonds gehören auch Elliot und Perry, die nun auch in Stuttgart Klage eingereicht haben.

Die jetzt gegen Porsche klagenden Fonds bemühen sich in der gleichen Sache zudem um ein Güteverfahren mit der Volkswagen AG, einem VW-Vorstand und zwei VW-Aufsichtsräten. Sollten die Fonds noch gegen die VW-Seite klagen wollen, hätte dieses Vorgehen aufschiebende Wirkung.